

Dr. Hermann Kuhn, Rede Haushalt 2011, 8. Dezember 2010

„Herr Präsident, meine Damen und Herren,  
den Haushalt für 2011 haben wir bereits mehrfach in der Bürgerschaft diskutiert: im Dezember 2009, mit den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen; nach den Grundsatzbeschlüssen des Senats im März; mehrfach in den Debatten über die Steuerpolitik der Bundesregierung und zuletzt beim Nachtragshaushalt. Die Kernpunkte dieser Debatten aus grüner Sicht will ich in fünf Punkten zusammenfassen und dann auf einige aktuelle Fragen ausführlicher eingehen.

1. Bremen muss heraus aus der Schuldenfalle. Sonst wird unser Gemeinwesen abhängig und handlungsunfähig werden. Nur der erste, aber zwingend notwendige Schritt ist, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, mit Hilfe von Bund und Ländern. Nur dann kann Bremen auf weitere Unterstützung hoffen, vor allem beim Abbau der Altschulden. Die Meisterung dieses Konsolidierungspfades bis 2020 ist der Maßstab bremischer Politik, an dem sich jedes Parlament, jede Regierung messen lassen muss.

2. Der *Ausgangspunkt* für die Konsolidierung der nächsten Jahre hat sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre sozialen Folgen, auch durch die notwendige antizyklische Politik der letzten zwei Jahre noch verschlechtert; dazu kommen die Wirkungen der schwarz-gelben Steuerpolitik, die Länder und vor allem Kommunen schwer belasten. Die Konsolidierungsschritte sind dadurch noch größer und schwieriger geworden: über 100 Mio. Jahr für Jahr.

3. und zentraler Punkt: Der Haushaltsentwurf für 2011 hält die Vorgaben der Konsolidierung ein. Damit macht die rot-grüne Koalition erfolgreich den ersten Schritt, um den es *heute* geht; ich sage Ihnen voraus: *Wir* werden auch den zweiten, dritten und die weiteren machen, so wie es der Finanzrahmen vorsieht.

4. Wir erbringen diesen ersten Schritt durch Einnahmeerhöhungen, die in unserer Kompetenz liegen. Und durch Einsparungen: im Öffentlichen Dienst, bei den konsumtiven Ausgaben, bei den Investitionen, durch kluges Zinsmanagement. Also alle Bereiche müssen ihren Beitrag leisten. *In* diesem Rahmen verfolgen wir unsere politischen Schwerpunkte: Umweltschutz; vorschulische Erziehung, Umsetzung der Schulreform, Wissenschaft und Forschung; und nicht zuletzt die Unterstützung und Ermutigung bürgerschaftlichen Engagements.

5. Die Linke kritisiert, dass wir zu viel sparen, zu wenig Geld ausgeben und das Land in „Hungerjahre“ führen; die Rechte kritisiert, dass wir gar nicht sparen. In diesem Fall liegt die Wahrheit tatsächlich mal in der Mitte. Wir sparen. Aber mit Augenmaß, mit Verantwortung für die *ganze* Stadt, für die von heute und für die von morgen.

Meine Damen und Herren, soweit das Allgemeine, nun zum Besonderen. Zu den Unterlagen der heutigen Beratungen gehört auch die Anlage I, 70 eng bedruckte Seiten mit Haushaltsänderungen aus dem Hause Finanz. Das ist nicht nur komplizierte Haushaltstechnik; dahinter stehen politische Entscheidungen, um zu Beginn des Konsolidierungspfades noch größere Ordnung und Transparenz des Haushalts zu erreichen.

Da sind erstens die „Echtmieten“. Die Behörden müssen in Zukunft für ihre Räume Mieten „in echt“ bezahlen. Sie wissen also, was es kostet und wo sie sparen können. Zweitens: Wir nehmen den Sondervermögen jetzt ganz die Möglichkeit, neben dem Haushalt als „Schattenhaushalt“ eigene Kredite aufzunehmen. Insgesamt behandeln wir jetzt die Sondervermögen als das, was sie sind: als Teil des staatlichen Vermögens unter öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle. Wir beenden so einen langen haushaltspolitischen Holzweg.

Drittens bereinigen wir mit diesem Haushalt auch Wildwuchs im Personalbereich, indem wir „Personalverstärkungsmittel“ und andere Sondermittel in normale Personalausgaben umwandeln und dabei auch die Zielzahlen anpassen. Damit sorgen wir nicht nur für Transparenz, sondern geben Unterstützung und Kontrolle des weiteren Personalabbaus einen realistischen Ausgangspunkt; dazu sind mit vier Ressorts Kontrakte abgeschlossen worden.

Und: Gestern hat der Senat die „Eröffnungsbilanz“ für Land und Stadt Bremen vorgelegt, durch die unsere Vermögenssituation sichtbarer wird. Wir werden in der Fortschreibung nicht nur die Entwicklung unserer Schulden klarer verfolgen können, sondern auch die Entwicklung unserer Verpflichtungen und Belastungen. Auch das wird uns helfen.

Es ist natürlich so, wie Staatsrat Lühr gerne zitiert: „Durchs Wiegen wird das Schwein nicht fett“. Nicht allein jedenfalls. Aber wer sein Schwein nicht misst und wiegt und es nicht kennt, wird heute kaum erfolgreich sein. Deshalb ist es von hoher Bedeutung, dass die Berichte über Beteiligungen, über Zuwendungen, über Vorbelastungen des Haushalts inzwischen von hoher Qualität sind.

Der zweite Komplex, auf den ich eingehen möchte, sind die Einnahmen, die wir selbst in der Hand haben. Die Anhebung der Grunderwerbssteuer haben wir schon beschlossen. Heute beantragen wir, die Vergnügungssteuer für Geldspielautomaten zu verdoppeln. Man muss dazu wissen, dass diese Automaten heute nur noch sehr wenig mit Vergnügen zu tun haben, sondern vor allem mit der Illusion, im Spiel reich zu werden. Von diesen Automaten geht inzwischen die größte Suchtgefahr aus, das hat gerade auch ein Gutachten der Bundesregierung festgestellt.

Aber sie nimmt derzeit ihre Regulierungskompetenz leider nicht wahr. Deshalb wollen wir versuchen, wenigstens durch höhere Besteuerung gegenzusteuern. Wir wollen einfach, dass diese Art, Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen, etwas erschwert wird! Hier wird sehr viel Geld verdient, deshalb auch die robuste Lobbyarbeit der Gerätehersteller und -aufsteller.

Ich will auch etwas zu der Touristikabgabe sagen, auch wenn wir sie erst 2012 einführen wollen, weil noch Fragen der Ausgestaltung geklärt werden müssen. Natürlich sind unsere Überlegungen, wie in vielen anderen deutschen Städten, eine Reaktion auf die Senkung der Mehrwertsteuer für das Hotelgewerbe. Das war eine Maßnahme ohne jeden Sachverstand, ein reines Steuergeschenk für eine Klientel – es ist ja bekannt, dass dieses Klientel mit einer dicken Spende an die FDP dafür geworben hat.

Das brachte den Unternehmen 12 Prozent mehr Erlös, denn die Preise sind ja nicht gefallen, obwohl das angeblich der Zweck war. Und Investitionen sollten möglich werden – nanu: Konnte z. B. das Atlantic-Hotel erst durch die Steuersenkung gebaut werden? Das vorsorgliche Jammern über die Belastungen einer Touristikabgabe ist nach dieser Vorgeschichte ziemlich unglaublich! Wir sind überzeugt, dass das Übernachtungsgewerbe stärker beteiligt werden sollte an der Erhaltung der touristischen Infrastruktur, von der es profitiert.

Meine Damen und Herren, ich komme zu meinem letzten Punkt, zum öffentlichen Dienst. Der Haushalt 2011 zeigt, dass alle Bereiche zu den Sparanstrengungen beitragen, von „Sonderopfer“ kann daher keine Rede sein. Aber wir können den öffentlichen Dienst auch nicht ausnehmen.

Das bedeutet, dass in den kommenden Jahren ausgebildet und auch neu eingestellt werden wird, allerdings nicht jede freiwerdende Stelle besetzt; dazu brauchen wir klare Vorgaben für alle und eine differenzierte Umsetzung. Das

bedeutet für uns, dass wir einen Kompromiss suchen wollen zwischen Beschäftigung und Einkommensentwicklung, indem wir gemeinsam mit den anderen hoch verschuldeten Ländern versuchen, zu besonderen Übereinkommen mit den Gewerkschaften zu kommen. Und es bedeutet, dass wir den öffentlichen Dienst, auch die Beamten, nicht ausnehmen können, wenn es zu Anpassungen in der Gesellschaft insgesamt kommt. Also: *Falls* ab 2012 das Renteneintrittsalter jährlich um einen Monat nach hinten geschoben wird, *dann* sollten wir das auch für die bremischen Beamten nachvollziehen.

Auf diese Frage hat in der vergangenen Woche auch der Bund der Steuerzahler hingewiesen, mit einem Gutachten von Prof. Raffelhüschen. Er zeigt, dass die expansive Einstellungspraxis in Bremen der 70er und 80er Jahre zu einem stärkeren und früheren Anstieg der Pensionsverpflichtungen führt. Weil bei uns der „Berg“ früher als in anderen Ländern erreicht wird, ist es vertretbar und richtig, dass wir heute die Zuführungen an das „Sondervermögen Versorgungsrücklage“ zurückführen und stattdessen mit diesem Geld direkt die steigenden Pensionslasten bezahlen.

Prof. Raffelhüschen schlägt aus Gründen der Gleichbehandlung auch vor, bei den Beamten die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors wie in der Rentenversicherung nachzuvollziehen. Das hieße: So wie die Rentenhöhe modifiziert wird durch die Zahl der aktiven Beitragszahler, würden auch die Pensionen sich teilweise orientieren an der Zahl der aktiven Steuerzahler. Wir finden, solche Überlegungen muss man sorgfältig prüfen; das wird aber die Aufgabe *aller* Finanzminister sein.

Wir wollen den Öffentlichen Dienst nicht einfach abbauen, sondern müssen ihn umbauen! Wenn wir mit weniger Beschäftigten weiter gute Ergebnisse erreichen wollen, dann müssen wir nicht nur die Fortschritte der Technik intelligent nutzen. Wir müssen auch die Verwaltung behutsam auf neue Anforderungen hin umbauen, wie das in der Finanzverwaltung und an vielen anderen Stellen begonnen wurde. Das ist Kleinarbeit, wenig spektakulär, aber ertragreich.

Wir müssen auf Weiterbildung und Ausbildung setzen – und das tun wir. Und wir setzen auf gutes Klima durch Gesundheitsmanagement und Vereinbarungen mit den Personalvertretungen zur besseren Beteiligung. Wir wollen, dass der öffentliche Dienst in Bremen wieder offener ist für alle Bremerinnen und Bremer, nicht nur für „Studierte“; und dass er bunter wird, indem Migrantinnen und Migranten ihre Chance bekommen.

Wir werben dafür, das gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen hinzukriegen. Ich verstehe ihre Skepsis gut. Auch deshalb möchte ich mich ausdrücklich für die kritisch-konstruktive Art bedanken, mit der die Personalräte die Arbeit des Haushaltsausschusses begleiten!

Meine Damen und Herren, nachhaltige Energiepolitik bezeichnen wir Grünen mit den drei großen E: Erneuerbare, Einsparung und Effizienz. Auch nachhaltige grüne Finanzpolitik lässt sich so zusammenfassen: Einsparung, Effizienzsteigerung und Einnahmeerhöhung. Nur alle drei E zusammen machen das Ganze, mit dem es gelingen kann.“